

Welt der Arbeit

Jahrgang 1 / Ausgabe 1

16. September 2003

Zum Start

Diese Online-Publikation ist neu. Sie soll künftig nach Bedarf erscheinen und per e-mail kostenlos verschickt werden.

Die „Welt der Arbeit“ kann per e-mail bestellt oder abbestellt werden über franz.kersjes@koeln.de. Sie erscheint auch im Internet:

www.weltderarbeit.de

Auf dieser Homepage werden weitere Themen der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung bearbeitet und zur Diskussion gestellt. Dadurch soll die Meinungsbildung in den Gewerkschaften gefördert und unterstützt werden. Mit der „Welt der Arbeit“ soll die unmittelbare Ansprache und Information verstärkt werden.

Franz Kersjes

Inhalt dieser Ausgabe

Sozialhilfe schützt nicht vor Armut

Seite 1 und 2

Mehr Rendite fürs Kapital, Beschäftigte müssen verzichten

Seite 2

Die Diktatur des Profits

Seite 3

Angriffe auf Tarifrechte

Seite 4

Kommentar

Fakten

Impressum

Seite 4

Sozialhilfe schützt nicht vor Armut

Die Bundesregierung will ab Mitte nächsten Jahres die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenführen zu einem so genannten Arbeitslosengeld II. Dadurch wird die Anzahl der Sozialhilfeempfänger von 2,8 auf 4,5 Millionen Menschen steigen. Statt einer Million armer Kinder wird es dann mehr als 1,5 Millionen geben.

Arbeitslosenhilfe bekommen Arbeitslose bislang, wenn ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld beendet ist, sie aber weiterhin arbeitslos und außerdem „bedürftig“ sind. Dabei handelt es sich um eine Lohnersatzleistung. Sie beträgt 53 % des letzten pauschalierten Nettoeinkommens, allerdings 57 %, wenn unterhaltsberechtigte Kinder vorhanden sind. Den Arbeitslosen bleibt somit rund die Hälfte ihres letzten Einkommens. Jedes Jahr verringert sich der Betrag, auf den die 53 bzw. 57 % bezogen sind, um 3%. Die Arbeitslosenhilfe ist unbefristet.

Empfänger/innen von Arbeitslosenhilfe und erwerbsfähige Sozialhilfebezieher/innen erhalten künftig eine einheitliche Leistung, das so genannte Arbeitslosengeld II. Die Höhe dieser Leistung entspricht der Sozialhilfe („Hilfe zum Lebensunterhalt“) plus einem absinkenden und befristeten Zuschlag. Diesen Zuschlag erhalten Erwerbslose, die vorher Arbeitslosengeld bezogen haben. Der Zuschlag soll 2/3 der Differenz zwischen dem Haushaltseinkommen im Arbeitslosengeldbezug und dem Haushaltseinkommen beim Bezug von Arbeitslosengeld II ausgleichen. Er beträgt maximal 160 Euro (Paare: 320 Euro plus 60 Euro pro Kind). Er sinkt nach einem Jahr auf die Hälfte und entfällt nach zwei Jahren ganz.

Im Ergebnis bedeutet dieser brutale Eingriff für rund 80 % der Bezieher/

innen von Arbeitslosenhilfe eine Kürzung ihrer bisherigen Ansprüche. Bezogen auf die registrierten Arbeitslosen am Jahresende 2002 werden etwa 1,5 Millionen Erwerbslose bald schlechter gestellt sein. Hunderttausende – überwiegend Frauen – sollen ganz leer ausgehen und zukünftig keinen müden Euro vom Arbeitsamt erhalten. Denn nach der verschärften Einkommensanrechnung gelten etwa ein Drittel der Bezieher von Arbeitslosenhilfe nicht mehr als bedürftig und somit leistungsberechtigt.

Die Kürzung der Leistungen soll 2005 Effizienzgewinne von 3,1 Milliarden Euro und 2007 sogar von 4,9 Milliarden Euro erbringen. Statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen schleicht sich die Bundesregierung aus ihrer sozialpolitischen Verantwortung.

Leistungskürzungen sind keine Sozialreform, sondern ein Rückfall ins vorletzte Jahrhundert

Durch die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission wird kein Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und zur Reform und Sicherung des Sozialstaates geleistet. Die Maßnahmen konzentrieren sich ausschließlich auf die staatlich geförderte Ausweitung prekärer und niedrig entlohnter Arbeit. Dadurch werden vielfach Kündigungen unbefristet Beschäftigter gefördert. Für erwerbslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 55 Jahre werden neue Zumutungen eingeführt. An der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben sich die Unternehmer schon in der Vergangenheit so gut wie nicht beteiligt. Welches Interesse sollten sie an einem Abbau der Arbeitslosigkeit überhaupt noch haben? Die Arbeitslosigkeit stärkt ja ihre gesellschaftliche Position, und die Gewerkschaften werden geschwächt, wenn die Kosten fast ganz auf die Allgemeinheit abge-

Mehr Rendite fürs Kapital – Beschäftigte müssen verzichten !

Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Bertelsmann-Konzern werden wesentlich von der erzielten Profitrate bestimmt. Die mehr als 1.000 Unternehmen sind verpflichtet, eine Kapitalrendite von mindestens 15 % zu erwirtschaften. Wer unter 10 % sinkt wird zum Sanierungsfall und muss Arbeitsplätze abbauen und Kosten senken. Dann werden Betriebsräte und Belegschaften mit Forderungen zur Standort-sicherung konfrontiert.

So erging es kürzlich wieder den ca. 1700 Beschäftigten von MOHN Media (Mohndruck) in Gütersloh. Sie wurden erneut zur unbezahlten Mehrarbeit von wöchentlich zwei weiteren Stunden verpflichtet und erhalten in den Jahren 2003 und 2004 keine tariflichen Gehalts- und Lohnerhöhungen. Es werden Niedriglohngruppen eingeführt und der Zusatzurlaub für flexible (nicht festgelegte) Pausen entfällt nun. Das von der nicht gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmehrheit vereinbarte „Standortsicherungs-paket 2003“ gibt den Beschäftigten eine Arbeitsplatzgarantie bis zum 30.06.2006. Rund 96 Prozent der Mitarbeiter haben der Änderung ihres Einzelarbeitsvertrages zugestimmt.

Die Sicherung der Kapitalrendite durch Verzicht der Mitarbeiter hat im Konzern des Reinhard Mohn Tradition. Tarifrechte werden grundsätzlich verweigert. Ein Ausnahmefall gelang der IG Druck und Papier im Jahre 1974. Die Geschäftsleitung von Mohndruck vereinbarte einen Firmentarifvertrag, der die umfassende Anwendung der jeweils gültigen Flächentarifverträge der Druck-industrie sicherte. Mit dem Start der IG Medien im Jahre 1989 verweigerte die Geschäftsleitung die Fortsetzung der Tarifbindung, kündigte den Vertrag und gab durch Betriebsvereinbarung und in den Einzelarbeitsverträgen die Zusage, sich auch zukünftig an die Tarifverträge zu halten. Die Konzernherren gaben der Belegschaft folgende „Garantie-erklärung“ schriftlich: „Wir, Reinhard Mohn und Dr. Mark Wössner, versichern und garantieren, dass alle Tarifverträge der IG Medien, die mit dem Bundesverband Druck abgeschlossen sind, gemäß obiger Betriebsvereinbarung eingehalten werden.“

Die Belegschaft vertraute ihren Bossen und sah kein Erfordernis, für ihre Tarifrechte zu kämpfen.

Aber es dauerte nur wenige Jahre, bis der Konzern auf Verzicht drängte. Die 35-Stunden-Woche, die der Tarifvertrag ab 1995 festlegte, wurde z. B. um regelmäßig zwei unbezahlte Wochenstunden verlängert. Dazu die Erklärung der Geschäftsleitung:

„Solange die Gesamtkapitalrendite 10 % nicht übersteigt, stellt jeder Mitarbeiter unserem Unternehmen 84 Arbeitsstunden je Geschäftsjahr zur Verfügung. Steigt die Rendite wieder, wird der Freizeitausgleich stufenweise wieder eingeführt. Beispiel: Gesamtkapitalrendite 13 bis 14 % bringt eine Gutschrift von 56 Stunden.“

Die Belegschaft hoffte mehrheitlich auf die angekündigte Befristung der Tarifabweichungen bis zum 30.06.1997. Doch dann kamen die nächsten Forderungen. Mit dem „Partnerschaftspaket II“ wurden im Jahre 1997 weitere Verzicht zur Sicherung der Kapitalrendite gefordert. Heute muss jede/r der 1700 Beschäftigten wöchentlich 39 Stunden arbeiten, davon jeweils 4 Stunden ohne Bezahlung. Die Folgen für die Beschäftigten in den konkurrierenden Betrieben sind dramatisch. F.K.

www.weltderarbeit.de

Fortsetzung von Seite 1

wälzt werden können. Wie sollen die ständig sinkenden Steuereinnahmen des Staates zur Finanzierungsbasis eines funktionsfähigen Systems der sozialen Sicherung werden?

Sozialhilfe schützt nicht vor Armut. Wer Sozialhilfe bezieht, ist arm.

Solange auf die Einlösung des Verfassungsauftrags der Sozial-

pflichtigkeit des Kapitals zur Bewältigung der Arbeitsmarktkrise verzichtet wird, kann der Sozialstaat seine Aufgaben immer weniger erfüllen. Die Armut in Deutschland wird steigen, weil die Bundesregierung ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Diese Entwicklung dürfen die Gewerkschaften nicht dulden. Dagegen muss aktiver Widerstand organisiert werden. Wenn die Gewerk-

schaften die Interessen der Arbeitssuchenden und der Beschäftigten glaubwürdig und wirkungsvoll vertreten wollen, dann werden sie sich vor harten Auseinandersetzungen mit der Regierung und mit der Opposition nicht drücken dürfen. Kurskorrekturen für eine sozialere und gerechtere Politik müssen erzwungen werden. F.K.

www.tacheles-sozialhilfe.de

Die Diktatur des Profits

Über die wesentliche Ursache für die immer noch steigende Massenarbeitslosigkeit wird in unserem Land wenig diskutiert. Stattdessen wird immer wieder behauptet: Die Arbeits- und Sozialkosten seien zu hoch. Die Arbeitsämter seien nicht in der Lage, Stellen unbürokratisch und rasch zu vermitteln. Die Arbeitslosen seien arbeitsunwillig und die Arbeitslosenunterstützung sei nicht mehr finanzierbar. Über Steuererleichterungen für die Unternehmen, über den Abbau von Lohnnebenkosten und geringere Sozialleistungen versucht die jeweilige Regierung seit etwa 20 Jahren die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Ohne Erfolg. Trotzdem wird die falsche Medizin weiterhin und noch intensiver verabreicht.

Belegschaften und Betriebsräte werden zu Verzichtern gezwungen, Klein- und Mittelbetriebe werden von ihren Auftraggebern mit Nachdruck zu erheblichen Preisnachlässen getrieben. Die Starken verdrängen die Schwachen von den Märkten und vernichten viele Arbeitsplätze. Gewinner sind die Konzerne, große Handelsunternehmen und die Finanzstrategen in den Kapitalgesellschaften. Für sie gibt es kein anderes Ziel als die größtmögliche Rendite zu erreichen. Sie erpressen den gesamten produktiven Bereich.

Die aus angehäuften Geldbeständen und nicht entnommenen Gewinnen gefüllten Kriegskassen der Konzerne werden kaum noch für die Erweiterung der Produktion und zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt, sondern für das Zusammenkaufen von Firmen in aller Welt und für Spekulationsgeschäfte.

Die Zunahme der Finanzspekulationen wird in erster Linie von der

Zunahme der riesigen Geldvermögen verursacht. Seit Jahren werden ständig neue Finanzdienstleistungen erfunden und die Finanzmärkte dereguliert, um neue Profitquellen zu erschließen. Und weil die Profitchancen auf den globalen Finanzmärkten ungleich größer sind als in der Produktion, wachsen die Verlockungen, eher in Finanzmittel als in die Produktion zu investieren.

Niemand kann ernsthaft annehmen, dass unter den vorherrschenden Bedingungen irgendein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder so genannte Bündnisse für Arbeit zu einem Beschäftigungsaufbau führen werden. Das Ziel der großen Unternehmen und Konzerne besteht immer weniger darin, Güter und Dienstleistungen für die Menschen bereitzustellen, sondern einzig und allein darin, Profit zu machen.

Tatsache ist: Nicht die Arbeit ist zu teuer, sondern das Kapital!

Die Anhäufung von Kapital, das finanziert werden muss, bedroht kleine und mittlere Betriebe und erzeugt Arbeitslosigkeit und Armut. Besonders für Konzerne und Banken ist die Kapitalrendite die entscheidende Größe. Bis Ende 2003 will z. B. die Deutsche Bank ca. 4.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, um die Kosten zu senken, damit erklärmaßen eine Kapitalrendite von mindestens 15 % erreicht wird.

Auch andere Banken planen Stellenabbau: HypoVereinsbank 3.800, Commerzbank 4.300 bis Ende 2003, und 10.000 Mitarbeiter die Dresdner Bank. Die Bayerische Landesbank vernichtet rund 700 Arbeitsplätze, um „ihre Ziele einer Eigenkapitalrendite von 15 % vor Steuern und einer Aufwandsrenta-

bilität unter 50 % in den nächsten Jahren“ zu erreichen. Insgesamt mehr als 40.000 Arbeitsplätze sind allein in den vergangenen 18 Monaten abgebaut worden. Für Existenzgründer, Freiberufler, Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen wird es immer schwieriger, Bankkredite zu erhalten oder zu verlängern. Die Rendite der großen Finanzakteure hat Priorität und nicht etwa die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Und das findet die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler auch in Ordnung, weil nach ihrer Überzeugung nur so das deutsche Kapital international konkurrenzfähig bleiben kann. Die Finanzmärkte orientieren sich nicht an den Bedürfnissen der Bedürftigen, sondern sie reagieren auf Erfolg oder Misserfolg der Besitzenden, lautet die Devise.

Wer immer noch glaubt, Arbeitsplätze könnten durch Verzicht und Anpassungen der Beschäftigten und Arbeitssuchenden erhalten und geschaffen werden, hat die ganze Menschenverachtung und Brutalität des herrschenden kapitalistischen Systems nicht begriffen. Die Zwänge der Kapitalverwertung wachsen ständig und fordern stets neuen Sozialabbau. Die Berichte und Kommentare in den Medien, die Erklärungsversuche der Politiker und Verbandsfunktionäre dazu sind häufig an Schlichtheit und Dummheit kaum noch zu überbieten. Es ist erschreckend, wie wenig über die Realitäten und Folgen der herrschenden Diktatur des Profits informiert wird. Lassen sich etwa wachsende Armut, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Bildungsnotstand und gesellschaftlicher Niedergang durch hohe Kapitalrenditen rechtfertigen? F.K.

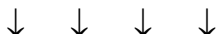
www.weltderarbeit.de

Angriffe auf Tarifrechte

Bundeskanzler Schröder hat in seiner Regierungserklärung am 14. März die Erwartung ausgesprochen, „dass sich die Tarifvertragsparteien ...auf betriebliche Bündnisse einigen, wie dies in vielen Branchen bereits der Fall ist. Geschieht dies nicht, wird der Gesetzgeber handeln.“

Die Oppositionsparteien kommen ihm nun zu Hilfe. Der Bundesrat hält in seiner Stellungnahme den Entwurf der Bundesregierung für ein „Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt“ für nicht weitgehend genug und fordert die „Beseitigung der Überreglementierung in verschiedenen Bereichen des Arbeitsrechtes“. Der Gesetzentwurf soll sich dabei an folgenden Eckpunkten orientieren:

„Beschäftigungsorientierte Abweichungen von Tarifverträgen werden unter Beachtung der Tarifautonomie zugelassen. Betriebliche Bündnisse für Arbeit und beschäftigungssichernde Betriebsvereinbarungen werden gesetzlich abgesichert. Im Tarifvertragsgesetz wird klargestellt, dass es den Unternehmen möglich ist, Arbeitslose während der Probezeit unter Tarif zu beschäftigen.“



Fakten, Fakten, Fakten

Explodierende Sozialkosten?

1980 machten die Sozialleistungen insgesamt 30,6 % des Bruttoinlandsprodukts aus. 20 Jahre später lag der Anteil mit 31,9 % nur geringfügig höher. Von explodierenden Sozialkosten kann also keine Rede sein.

Nicht konkurrenzfähig?

Im Jahre 2002 wurden Waren und Dienstleistungen im Wert

Die CDU/CSU fordert eine Ergänzung zu § 4 Absatz 3 des Tarifvertragsgesetzes (TVG): „Eine abweichende Vereinbarung gilt als günstiger für den Arbeitnehmer, wenn der Betriebsrat und die Belegschaft mit 2/3 Mehrheit einer solchen Abweichung zustimmen und diese Abweichung nicht über die Laufzeit des Tarifvertrages hinaus reichen, von dem abgewichen wird.“ Reinhard Mohn lässt grüßen!

Auch das Betriebsverfassungsgesetz soll entsprechend geändert werden. Damit stehen alle Tarifrechte, die bislang „unmittelbar und zwingend“ für alle Mitglieder der Tarifparteien Gültigkeit hatten, zur betrieblichen Disposition. Mit der Androhung von Arbeitsplatzverlusten und Auftragsverlagerungen werden Belegschaften und Betriebsräte erpresst und zum Verzicht auf Tarifrechte gezwungen. Politiker und Parteien wollen diese vorhandene Praxis nun legalisieren. Sollten es die Gewerkschaften wieder einmal versäumen, den aktiven Widerstand zu organisieren, werden Tarifverträge künftig nur noch Makulatur sein.

F.K.

Betriebliche Bündnisse in
www.weltderarbeit.de

von über 84 Milliarden Euro mehr aus Deutschland an das Ausland verkauft als umgekehrt. Ein neuer Rekord! Der Exportüberschuss verdoppelte sich sogar noch einmal im Vergleich zu 2001.

Kaufkraft sinkt

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes blieb den privaten Haushalten 2002 nach Abzug der Preissteigerungen rund ein Prozent weniger Geld als noch 1991.

Kommentar

Schröder

Er möchte gern populär sein. Aber die Mehrheit des Volkes misstraut ihm. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat schon viel versprochen, aber kaum etwas davon ist realisiert worden. Seine Politik ist sprunghaft, verworren und widersprüchlich. Viele Wählerinnen und Wähler sind bitter enttäuscht, weil der Sozialstaat weiter demontiert wird und die SPD sich als konzeptionelle und gestaltende Kraft verabschiedet hat.

Der Parteivorsitzende Schröder ist für die SPD eine Katastrophe. Die Partei ist wie gelähmt, ohne Alternativen zum längst gescheiterten neoliberalen Modell, ohne programmatische Debatten und ohne überzeugende Führung. Alles, was die Sozialdemokratie über Jahrzehnte charakterisiert hat, ist verschwunden. Vieles von dem, was die Bundesregierung beschlossen und verkündet hat, widerspricht den Zielen, für die zahllose Parteimitglieder unentwegt gekämpft haben. Schröder steht nicht für eine neue Politik. Er hat kein Programm, keine Überzeugung, keine Vorstellungen für die Zukunft. Seine Inszenierungen von Politik haben viele Menschen längst durchschaut. Zornig verlassen immer mehr Mitglieder die Partei. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind es rund 30.000 gewesen. Schröder ist in erster Linie dafür verantwortlich. Die Partei muss sich von ihm befreien.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die "Welt der Arbeit" erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.
www.weltderarbeit.de

Die Online-Publikation kann jederzeit bestellt oder abbestellt werden.